Gesetz- und Verordnungsblatt

für das

österreichisch-illirische Küstenland,

bestehend aus den gefürsteten Grafschaften Görz und Gradisca, der Markgrafschaft Istrien
und der reichsunmittelbaren Stadt Triest mit ihrem Gebiete.

Jahrgang 1889.

I. Stüd.

Ausgegeben und versendet am 15. Jänner 1889.

1.

Gesetz vom 14. December 1888,

giltig für die Markgrafschaft Istrien, womit die §§ 27, 29, 30 des Landesgesetzes vom 3. November 1874 (L.=G.= u. V.=Bl. Nr. 30) über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonales an den öffentlichen Volksschulen von Istrien, und das Landesgesetz vom 10. December 1878 (L.=G.= u. V.=Bl. Nr. 14), womit die §§ 23 u. 25 des oberwähnten Landesgesetzes abgeändert wurden, außer Kraft gesetzt werden.

Mit Zustimmung des Landtages Meiner Markgrafschaft Istrien finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I

Die §§ 27, 29, 30 des Landesgesetzes vom 3. November 1874 (L.=G.= u. V.=Bl. Nr. 30) über die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonales an den öffentlichen Volksschulen von Istrien, und das Landesgesetz vom 10. December 1878 (L.=G.= u. V.=Bl. Nr. 14), womit die §§ 23 u. 25 des oberwähnten Landesgesetzes abgeändert wurden, werden außer Kraft gesetzt und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

§ 23.

Alle Lehrerstellen an den allgemeinen Volksschulen werden in drei Classen getheilt, nämlich:

	in Stellen I. Classe mit 600 Gulden,
" "	II. " " 500 "
" "	III. " " 400 "

jährlichen Gehaltes.

Dieser Gehalt wird für alle Classen der Lehrerstellen an den allgemeinen Volksschulen der Stadt Pola um 100 Gulden erhöht.

Die Gehalte der Lehrerinnen sind mit 80% jenes Jahresbetrages zu bemessen, welcher in der gleichen Dienstesklasse dem männlichen Lehrpersonale gebührt.

Der Jahresgehalt der Unterlehrer wird unveränderlich mit 350 Gulden und jener der Unterlehrerinnen mit 300 Gulden festgesetzt.

§ 25.

Die Gehalte der Lehrer an den Bürgerschulen werden in zwei Kategorien getheilt, die erste mit 800 Gulden, die zweite mit 700 Gulden.

Die Gehalte der Lehrerinnen sind mit 80% jenes jährlichen Betrages zu bemessen, welcher in derselben Diensteskategorie dem männlichen Lehrpersonale zukommt.

§ 27.

Die mit einem Lehrbefähigungszeugnisse versehenen Lehrer (Lehrerinnen) und Unterlehrer (Unterlehrerinnen), welche ohne Unterbrechung und mit gutem Erfolge an einer öffentlichen Volksschule eines der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder gedient haben, erhalten ohne Unterschied, ob sie provisorisch oder definitiv angestellt sind, nach Vollendung der fünf ersten Dienstjahre eine Gehaltszulage.

Diese Gehaltszulage wird für die Lehrer (Lehrerinnen) der allgemeinen Volksschulen mit fünfzehn Procent des von diesem Gesetze bestimmten mindesten Gehaltes von 400 Gulden, für die Unterlehrer (Unterlehrerinnen) mit fünfzehn Procent ihres Normalgehaltes und für die Lehrer (Lehrerinnen) der aufgelassenen, oder in der Folge zu errichtenden Bürgerschulen mit zehn Procent des fixirten mindesten Jahresgehaltes von 700 Gulden bemessen.

Unter denselben Bedingungen gebührt den Lehrern (Lehrerinnen) und Unterlehrern (Unterlehrerinnen) für jedes weitere Quinquennium eine weitere solche Zulage, jedoch nur bis zur Erlangung der sechsten Gehaltszulage.

Das erste Quinquennium beginnt mit dem Tage der Erlangung der Lehrbefähigung und beziehungsweise, wenn die Lehrperson bei Erwerbung der Lehrbefähigung sich nicht im Dienste an einer der obgedachten öffentlichen Volksschulen befand, mit dem Tage des Diensteantrittes des Lehrers (der Lehrerin) oder Unterlehrers (der Unterlehrerin).

Die folgenden Quinquennien nehmen ihren Beginn mit dem Tage, der auf jenen der Vollendung des unmittelbar vorausgehenden Quinquenniums folgt.

Die Unterlehrer (Unterlehrerinnen) verbleiben im Genusse der ihnen zuerkannten Dienstzulagen auch nach ihrer Beförderung auf eine Lehrstelle, und ebenso die provisorischen Lehrer (Lehrerinnen) im Genusse der ihnen zuerkannten Dienstzulagen nach ihrer Rückversetzung auf eine Unterlehrerstelle.

Das Recht der Verleihung der Dienstzulagen steht der Landesschulbehörde zu, welche auch in dem Falle, wenn der Erfolg der Dienstleistung nicht im ganzen Quinquennium gut war, darüber entscheidet, ob und in welcher Weise die Zeit, in welcher der Erfolg ein guter war, für das nächste Quinquennium anzurechnen ist.

§ 29.

Der Director einer Bürgerschule oder der Leiter einer allgemeinen Volksschule von zwei oder mehreren Classen hat das Recht auf eine aus mindestens zwei Zimmern mit den erforderlichen Nebenlocalitäten bestehende Wohnung, welche ihm im Schulgebäude oder in einem anderen passenden Hause anzuweisen ist.

Ist eine solche Naturalwohnung nicht vorhanden, so gebührt ihm eine Wohnungsentschädigung im Jahresausmaße von 350 Gulden in der Stadt Pola, von 140 Gulden in der Stadt Parenzo und von 100 Gulden in den anderen Schulgemeinden.

Auch den übrigen Lehrern ist eine angemessene Naturalwohnung oder eine Entschädigung von jährlichen 80 Gulden anzuweisen. Diese Entschädigung wird für die Stadt Pola mit 200 und für Bolosca und Abbazia mit 100 Gulden festgesetzt.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für das weibliche Lehrpersonale an den Bürger- und allgemeinen Volksschulen mit dem einzigen Unterschiede, daß die jährlichen Wohnungsentschädigungen mit 80% der für das männliche Lehrpersonale bestimmten bemessen werden.

§ 30.

Die Unterlehrer erhalten unter dem Titel des vorausgehenden § 29 jährlich 100 Gulden in der Stadt Pola und 50 Gulden in den anderen Schulgemeinden; die Unterlehrerinnen 80 Gulden in der Stadt Pola und 40 Gulden in den anderen Schulgemeinden.

Artikel II

Die bis zum Tage, mit welchem das gegenwärtige Gesetz in Wirksamkeit tritt, zuerkannten Dienstzulagen bleiben unverändert, während jene, welche in der Folge fällig werden, nach den gegenwärtigen Bestimmungen zu bemessen sind.

Die vor der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes fällig gewordenen Dienstzulagen sind nach den Bestimmungen des vormals geltenden Gesetzes zu bemessen.

Artikel III

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit und es ist mit der Ausführung desselben Mein Minister für Cultus und Unterricht beauftragt.

Wien, am 14. December 1888.

Franz Joseph m. p.

Gautsch m. p.